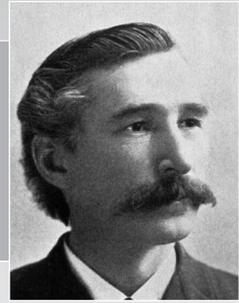


Was gehört Gott und was dem Kaiser?



Alonzo T. Jones (1850 – 1923)

Erweckungsprediger, Vereinigungsvorsteher,
langjähriger Redakteur des *American Sentinel* (heute *Liberty Magazine*)

Unsere Heiland zog eine klare Trennlinie zwischen dem Kaiser und Gott – zwischen dem, „was des Kaisers ist“, und dem, „was Gottes ist“:

Mt 22,15 Da gingen die Pharisäer und hielten Rat, wie sie ihn in der Rede fangen könnten.

16 Und sie sandten ihre Jünger samt den Herodianern zu ihm, die sprachen: Meister, wir wissen, dass du wahrhaftig bist und den Weg Gottes in Wahrheit lehrst und auf niemand Rücksicht nimmst; denn du siehst die Person der Menschen nicht an.

17 Darum sage uns, was meinst du: Ist es erlaubt, dem Kaiser die Steuer zu geben, oder nicht?

18 Da aber Jesus ihre Bosheit erkannte, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich?

19 Zeigt mir die Steuermünze! Da reichten sie ihm einen Denar.

20 Und er spricht zu ihnen: Wessen ist dieses Bild und die Aufschrift?

21 Sie antworteten ihm: Des Kaisers. Da spricht er zu ihnen: So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!

Diese Worte unterscheiden zwischen der zivilen und der religiösen Macht; zwischen dem, was der zivilen Macht gebührt, und dem, was der religiösen Macht gebührt. Was dem Kaiser gehört, soll der Kaiser erhalten, und was Gott gehört, soll auch allein Gott erhalten. Was Gott zusteht, damit hat der Kaiser nichts zu schaffen. Zu sagen, wir müssten dem Kaiser geben, was Gottes ist,

oder wir müssten durch den Kaiser Gott geben, was Gottes ist, würde Christi Worte verdrehen und sinnentleeren. Eine solche Interpretation wäre nichts anderes als der Versuch, ihn in seinen Worten zu fangen – genau das, was die Pharisäer beabsichtigt hatten.

Religion und Moral

Das Wort „Kaiser“ bezieht sich auf die Zivilregierung und macht deutlich, dass unsere Pflichten gegenüber dem Kaiser ziviler Art sind, während unsere Pflichten gegenüber Gott ausschließlich moralischer oder religiöser Natur sind. Websters Wörterbuch definiert Religion als

Anerkennung Gottes als den Empfänger von Anbetung, Liebe und Gehorsam.

Eine andere, ebenso passende Definition erklärt Religion als

die persönliche Glaubens- und Gehorsamsbeziehung des Menschen zu Gott.

Ganz offensichtlich sind Religion und religiöse Pflichten allein Gottes Bereich, und da Gottes Dinge allein Ihm gegeben werden sollen und nicht dem Kaiser, folgt daraus, dass nach Christi Worten die Zivilregierung niemals irgendetwas mit Religion zu tun haben kann – mit der persönlichen Glaubens- und Gehorsamsbeziehung eines Menschen zu Gott.

Eine andere hilfreiche Definition, um den Unterschied deutlich zu machen, ist die der Moral. Moral ist die

Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit dem wahren moralischen Maßstab ... die Übereinstimmung einer Handlung mit dem göttlichen Gesetz.

Da nun Moral die Übereinstimmung einer Handlung mit dem göttlichen Gesetz ist, ist klar, dass auch die Moral allein Gott zugehört und darum die Zivilregierung damit nichts zu tun haben kann.

Selbst wenn man sich keinen unsittlicheren Menschen vorstellen könnte, dürfte der Staat ihn nicht bestrafen.

Die wahre Bedeutung der Zehn Gebote

Auf den ersten Blick mag dieser Standpunkt extrem erscheinen, wenn nicht sogar falsch, doch das ist er nicht. Es ist der korrekte Standpunkt, und ich denke, jeder wird das erkennen, der sich etwas tiefer in die Thematik hineinbegibt. Der erste Teil der obigen Definition sagt, dass Moral Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit dem wahren moralischen Maßstab ist, und der zweite Teil der Definition zeigt, dass dieser wahre moralische Maßstab das Gesetz Gottes ist. Weiterhin wird das Moralgesetz definiert als

der Wille Gottes als höchster moralischer Regent über Charakter und Verhalten aller verantwortlichen Wesen; der verbindliche Handlungsmaßstab für Gewissen oder moralische Natur. Das Moralgesetz findet sich zusammengefasst im Dekalog, von Gottes Finger auf zwei Steintafeln geschrieben und auf dem Berg Sinai Mose übergeben.

Diese Definitionen sind ohne Zweifel biblisch. Die Heilige Schrift zeigt, dass die Zehn Gebote das Gesetz Gottes sind, dass sie Got-

tes Willen ausdrücken, dass sie das Gewissen betreffen und die Gedanken und Motive des Herzens miteinbeziehen und dass der Mensch Gott Gehorsam gegen diese Gebote schuldet. Die Schrift sagt:

Pred 12,13 Fürchte Gott und halte seine Gebote! Denn das soll jeder Mensch tun.

Und der Heiland sagt:

Mt 5,21 Ihr habt gehört, dass zu den Alten gesagt ist: „Du sollst nicht töten!“, wer aber tötet, der wird dem Gericht verfallen sein.
22 Ich aber sage euch: Jeder, der seinem Bruder ohne Ursache zürnt, wird dem Gericht verfallen sein. Wer aber zu seinem Bruder sagt: Raka!, der wird dem Hohen Rat verfallen sein. Wer aber sagt: Du Narr!, der wird dem höllischen Feuer verfallen sein.

Der Apostel Johannes hat das Gleiche im Blick, wenn er schreibt:

1Joh 3,15 Jeder, der seinen Bruder hasst, ist ein Mörder ...

An anderer Stelle sagt der Heiland:

Mt 5,27 Ihr habt gehört, dass zu den Alten gesagt ist: „Du sollst nicht ehebrechen!“
28 Ich aber sage euch: Wer eine Frau ansieht, um sie zu begehren, der hat in seinem Herzen schon Ehebruch mit ihr begangen.

Die Grenzen einer Zivilregierung

Es gibt weitere Beispiele, doch die angeführten zeigen hinreichend, dass Moral Gehorsam gegen das Moralgesetz ist, dass sie die Gedanken und Absichten des Herzens einschließt und deshalb von Natur aus außerhalb der Reichweite oder Kontrolle der zivilen Macht liegt. Hassen ist Mord, Begehren ist Götzendienst, unreine Gedanken über eine Frau sind Ehebruch – all diese Dinge sind gleichermaßen unmoralisch und eine Übertretung des Moralgesetzes, und trotz-

dem wird keine Zivilregierung sie strafen wollen. Ein Mensch mag seinen Nächsten sein Leben lang hassen, er mag die ganze Welt begehren, er mag jede Frau, der er begegnet, begehrlieh anblicken und das alle Tage seines Lebens; doch solange sich dies lediglich in seinen Gedanken abspielt, kann die zivile Macht ihm nichts anhaben. Selbst wenn man sich keinen unsittlicheren Menschen als diesen vorstellen könnte, so dürfte der Staat ihn dennoch nicht bestrafen und es nicht einmal versuchen. Auch dieser Fall zeigt, dass Fragen von Moral und Unmoral dem Staat nicht zustehen.

Niemand würde auf den Gedanken kommen, die Zivilregierung „Moralregierung“ zu nennen.

Aber gehen wir einen Schritt weiter. Sollte der Hass eine Person zu dem Versuch bringen, durch Worte oder Gesten seinem Nächsten Schaden zuzufügen, so wird der Staat dies ahnden; wenn seine Begierde ihn dazu treibt, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen, wird der Staat ihn bestrafen; und wenn seine unreinen Gedanken dazu führen, dass er einer Frau Gewalt antun will, wird der Staat ihn belangen. Doch vergessen wir nicht, dass selbst in diesem Fall der Staat nicht seine Unmoral bestraft, sondern seine Unzivilisiertheit. Die Unmoral liegt im Herzen und kann allein von Gott gemessen werden. Der Staat straft niemanden, weil Lügen unmoralisch ist, ansonsten müsste er den als Mörder verurteilen, der einen anderen hasst, denn laut dem wahren moralischen Maßstab ist Hass Mord. Das macht deutlich, dass der Staat in der Tat niemanden wegen Unmoral bestraft, sondern lediglich wegen Unzivilisiertheit.

Diese Unterscheidung zeigt sich darin, dass der Staat oder seine Regierung „Zivilregierung“ genannt werden. Niemand würde auf den Gedanken kommen, sie „Moralregie-

rung“ zu nennen. Gottes Regierung allein ist eine moralische Regierung. Nur Gott ist ein moralischer Herrscher. Gottes Gesetz ist das einzige Moralgesetz. Gott allein steht es zu, Unmoral, also die Übertretung des Moralgesetzes, zu strafen. Menschliche Regierungen sind zivile Regierungen, nicht moralische. Menschliche Regenten sind zivile Regenten, nicht moralische. Die Gesetze von Staaten und Nationen sind zivile Gesetze, nicht moralische. Der Obrigkeit einer Zivilregierung steht die Bestrafung von Unzivilisiertheit zu, also die Übertretung des Zivilgesetzes. Es ist nicht ihre Sache, Unmoral zu ahnden – das steht ausschließlich dem Urheber des Moralgesetzes und Moralempfindens zu, der allein Richter der menschlichen Moral ist.

All dies sollte jedem einleuchten, der sich offen mit dem Thema befasst, und es wird bestätigt durch die Definition des Wortes „zivil“:

Eine Stadt oder einen Staat betreffend bzw. einen Bürger in seiner Beziehung zu seinen Mitbürgern oder zum Staat.

Sünde oder Kriminalität?

Es dürfte entsprechend deutlich geworden sein, dass wir dem Kaiser (der Zivilregierung) nur das Zivile schulden, Gott aber das Moralische oder Religiöse. Andere Definitionen bestätigen dies. Webster zum Beispiel beschreibt Sünde als „Verletzung des Willens Gottes“, die Bibel definiert sie als „Übertretung des Gesetzes“. Dass hier das Sittengesetz der Zehn Gebote gemeint ist, zeigt Römer 7:

Röm 7,7 ... Von der Begierde hätte ich nichts gewusst, wenn das Gesetz nicht gesagt hätte: Du sollst nicht begehren!

So erklärt die Schrift, dass Sünde eine Übertretung des Gesetzes ist, das sagt: „Du sollst nicht begehren“ – und das ist das Moralge-

setz. Ein Verbrechen dagegen ist eine kriminelle Verletzung der Staatsgesetze. Die Definition lautet:

Ein Verbrechen im strengen Sinn ist der Verstoß gegen ein menschliches oder göttliches Gesetz, doch im allgemeinen Gebrauch steht der Begriff heute für Handlungen entgegen den Gesetzen des Staates.

Es sind also zivile Verordnungen, die Kriminalität definieren und behandeln, aber nicht Sünde, während göttliche Verordnungen Sünde definieren und behandeln, aber nicht Kriminalität.

So wie Gott der einzige moralische Herrscher ist, die einzige moralische Regierung ausübt, sein Gesetz das einzige Moralgesetz ist und es ihm allein zusteht, Unmoral zu strafen, so obliegt auch die Förderung der Moral allein ihm.

Die Lösung des Moralproblems

Moral ist Übereinstimmung mit Gottes Gesetz, sie ist Gehorsam gegenüber Gott. Aber dieser Gehorsam muss aus einem aufrichtigen und wahrhaftigen Herzen kommen. Ohne das ist es kein Gehorsam, denn wie wir aus dem Wort Gottes gesehen haben, umfasst Gottes Gesetz auch die Gedanken und Absichten des Herzens. Doch

Röm 3,23 alle haben gesündigt und verfehlen die Herrlichkeit, die sie vor Gott haben sollten.

Durch die Übertretung hat der Mensch seine Sittlichkeit und Moral verloren.

Röm 3,20 ELB Darum: Aus Gesetzeswerken *[durch Gehorsam]* wird kein Fleisch vor ihm gerechtfertigt *[als gerecht gerechnet oder moralisch gemacht]* werden; denn durchs Gesetz kommt Erkenntnis der Sünde.

Da alle Menschen durch die Übertretung von Gottes Gesetz unmoralisch geworden

sind, kann niemand durch Gesetzesgehorsam wieder moralisch werden, weil das Gesetz ihn ja der Unmoral beschuldigt. Die Forderungen des Moralgesetzes müssen demnach erfüllt werden, bevor das Gesetz oder sein Verfasser ihn je wieder als sittlich akzeptieren können. Doch können die Forderungen des Moralgesetzes unmöglich von einer unmoralischen Person erfüllt werden, zu der aber jeder durch Übertretung geworden ist. Deswegen besteht kein Zweifel, dass das Moralgesetz dem Menschen niemals seine Moral wiedergeben kann.

Mit gleicher Klarheit folgt daraus, sollte je ein Mensch wieder zu einem sittlichen Wesen werden, dies durch den Urheber und die Quelle aller Sittlichkeit geschehen muss. Und genau dafür hat Gott vorgesorgt:

Röm 3,21 Jetzt aber ist außerhalb des Gesetzes die Gerechtigkeit Gottes offenbar gemacht worden, die von dem Gesetz und den Propheten bezeugt wird,

22 nämlich die Gerechtigkeit Gottes durch den Glauben an Jesus Christus, die zu allen und auf alle kommt, die glauben. Denn es ist kein Unterschied;

23 denn alle haben gesündigt und verfehlen die Herrlichkeit, die sie vor Gott haben sollten.

Es ist allein die Sittlichkeit Christi, die dem Menschen seine Sittlichkeit wiedergeben kann. Und diese Sittlichkeit Christi ist die Sittlichkeit Gottes, die uns um Christi willen zugerechnet wird, und wir empfangen sie im

Moralischer Gehorsam muss aus einem wahrhaftigen Herzen kommen.

Glauben an den, der der Anfänger und der Vollender des Glaubens ist. Dann wird durch den Geist Gottes das Moral- bzw. Sittengesetz erneut in Herz und Sinn geschrieben, und die Seele wird zum Gehorsam und zur Sittlichkeit gereinigt. So und nur so kann ein

Mensch Moral erlangen, und diese Moral ist die Moral Gottes, die aus dem Glauben Jesu Christi kommt, und es gibt keine andere auf dieser Welt. Weil nun die Sittlichkeit Gott entspringt, haben wir anhand der Heiligen Schrift selbst bewiesen, dass die Förderung der Sittlichkeit allein Gott zusteht.

Die Aufgabe der Gemeinde

Wenn also Gott der einzige Förderer der Moral ist, durch welches Mittel bewirkt er dann die Förderung der Moral in der Welt? Welche Organisation hat er zum Bewahrer der Sittlichkeit in der Welt bestimmt: die Kirche oder die Zivilmacht? Die Kirche und die Kirche allein. Sie ist „die Gemeinde des lebendigen Gottes, der Pfeiler und die Grundfeste der Wahrheit“ (1Tim 3,15). Zur Gemeinde sprach Gott:

Mt 28,19 So geht nun hin und macht zu Jüngern alle Völker ...

20 ... Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an das Ende der Weltzeit! Amen.

Durch die Gemeinde geschieht es, durch die Predigt von Jesus Christus, dass das Evangelium „zum Glaubensgehorsam an alle Nationen bekannt gemacht“ wird (Röm 16,26). Es gibt keinen Gehorsam außer Glaubensgehorsam, keine Moral außer Glaubensmoral. So ist offenkundig, dass die Gemeinde und nicht der Staat die Hüterin der Sittlichkeit in der Welt ist. Und damit ist auch gleich die Frage beantwortet, ob der Staat Moral oder Religion lehren soll. Der Staat kann keine Moral oder Religion lehren; er ist dafür nicht qualifiziert. Der Geist Gottes und das Evangelium von Christus sind notwendig, um Moral zu lehren, und beide sind nicht dem Staat anvertraut, sondern der Gemeinde.

Doch obwohl diese Aufgabe der Gemeinde übertragen ist, hat die Gemeinde deswegen nicht das Vorrecht, Moral zu belohnen oder Unmoral zu bestrafen. Sie fleht, sie bittet, sie überzeugt Menschen, sich mit Gott

versöhnen zu lassen, und sie bildet sie in den Grundsätzen und der Praxis der Moral aus. Es ist an ihr, die Reinheit und Disziplin ihrer Glieder durch gütliches Zureden und geistliche Ermahnung zu bewahren. Doch ist sie nicht befugt, Moral zu belohnen und Unmoral zu bestrafen. Dies steht allein Gott zu, denn ob es sich um Moral oder Unmoral handelt, liegt in den geheimen Gedanken des Herzens verborgen, und da nur Gott ins Herz sieht, kann auch nur er Verdienst oder Schuld in moralischen Fragen ermessen.

Ob es sich um Moral oder Unmoral handelt, liegt in den geheimen Gedanken des Herzens verborgen.

Der Mensch kann nicht ins Herz schauen

Wir können also sehen, dass kein Mensch und keine menschliche Versammlung oder Organisation irgendein Recht hat, Unmoral zu strafen, und wer es versucht, maßt sich ein Vorrecht Gottes an. Die Inquisition ist die unvermeidliche Konsequenz, wenn eine Versammlung behauptet, Unsittlichkeit bestrafen zu dürfen, denn dazu ist es nötig, auf irgendeinem Weg die Gedanken und Absichten des Herzens offenzulegen. Das Papsttum beansprucht für sich das Recht, den Menschen zur Sittlichkeit zu zwingen und Unsittlichkeit zu bestrafen, und es hatte die grausame Kühnheit, dieses schlimme Prinzip bis zu seinem logischen Ende fortzuführen. Um dieses Prinzip umzusetzen, musste man in die Geheimnisse des menschlichen Herzens vordringen, und es stellte sich heraus, dass die intensive Anwendung der Folter den Menschen in vielen Fällen ein volles Geständnis der geheimsten Gedanken des Herzens abrang. Solange man der Ansicht ist, es falle in die Zuständigkeit der Zivilregierung, für Sittlichkeit zu sorgen, macht es wenig Sinn, die Inquisition mit Worten zu verdammen, deren Tribunale lediglich die logische Konsequenz dieser Ansicht sind.

All diese Aspekte belegen den klaren und einsichtigen Grundsatz, dass die Zivilregierung nur für den Bereich zuständig ist, auf den ihr Name hinweist: für den Zivilbereich. Der Zweck einer Zivilregierung ist ein ziviler, kein moralischer. Es ist ihre Aufgabe, die Ordnung in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten und für die Sicherheit und Ruhe aller Bürger zu sorgen, indem sie vor Unzivilisiertheit schützt. Sittlichkeit ist Gottes Sache, Zivilisiertheit Sache des Staates. Gott gebührt Sittlichkeit, dem Staat Zivilisiertheit.

Mt 22,21 So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!

Aber, so könnte man fragen, sorgt die zivile Macht nicht für die Einhaltung göttlicher Gebote wie: Du sollst nicht stehlen, du sollst nicht töten, du sollst nicht ehebrechen, du sollst kein falsches Zeugnis ablegen? Ahndet nicht die zivile Macht die Verletzung dieser Gebote Gottes?

Es versteht sich von selbst, dass keine Zivilregierung unter solchen Umständen bestehen könnte.

Die Antwort ist: Die Zivilmacht setzt tatsächlich diese Regeln durch und bestraft ihre Missachtung, aber nicht als Gebote Gottes! Der Staat verbietet Mord, Diebstahl, Meineid und teilweise auch Ehebruch nicht als Anweisung Gottes. Seit Menschengedenken haben selbst Regierungen, die von Gott nichts wussten, diese Dinge verboten. Würde die Zivilmacht sie als göttliche Gebote durchsetzen, müsste sie jemanden, der seinen Mitmenschen hasst, als Mörder verurteilen, den Verbreiter einer Falschmeldung als Meineidigen, eine Person mit unreinen Gedanken als Ehebrecher und jemanden, der einen anderen betrügen möchte, als Dieb, denn dies alles sind Verletzungen von Gottes Geboten. Wollte der Staat sie wirk-

lich als göttliche Anweisungen durchsetzen, müsste er die Gedanken und Absichten des Herzens beurteilen, was keiner irdischen Macht möglich ist; und sollte es eine irdische Macht dennoch versuchen, ist offensichtlich, dass sie damit Gott verdrängen und sein Vorrecht an sich reißen würde.

Soll der Staat „vergeben“?

Darüber hinaus wäre dies zugleich der Versuch, Sünde zu strafen, weil die Übertretung von Gottes Gesetz Sünde ist. Aber Sünde wird vergeben, wenn man sie bereut, und Gott bestraft den Sünder nicht mehr für eine Übertretung, die er vergeben hat. Wenn nun die Zivilmacht für die Einhaltung von Gottes Gesetz sorgen will, kann sie dieses Gesetz nicht gegenüber jemandem durchsetzen, dem Gott seine Übertretung bereits vergeben hat. Nehmen wir zum Beispiel an, jemand stiehlt 20 Dollar und wird deshalb festgenommen, angeklagt und überführt. Doch bevor es zur Urteilsverkündung kommt, bereut der Mann seine Tat, und der Herr vergibt ihm. Nun steht er vor dem Herrn, als hätte er Gottes Gesetz nie gebrochen. Die Gebote Gottes verurteilen ihn nicht mehr als Übertreter. Und da es ja Gottes Gesetz ist, das die zivile Macht durchsetzen will, muss der Staat dem Mann vergeben, ihn als unschuldig ansehen und in die Freiheit entlassen, gemäß Gottes Anweisung:

Lk 17,3 Wenn aber dein Bruder gegen dich sündigt, so weise ihn zurecht; und wenn es ihn reut, so vergib ihm.

4 Und wenn er siebenmal am Tag gegen dich sündigte und siebenmal am Tag wieder zu dir käme und spräche: Es reut mich!, so sollst du ihm vergeben.

Wenn eine Zivilregierung Gottes Gesetz durchsetzen will, und jemand stiehlt, begeht Meineid oder irgendeine Gewalttat, wird anschließend verhaftet und sagt dann: „Es tut mir leid“, so muss ihm vergeben werden. Tut er es noch einmal, wird wieder verhaftet

und sagt: „Es tut mir leid“, muss ihm erneut vergeben werden. Und wenn er es sieben Mal am Tag tut und sieben Mal bereut, muss ihm vergeben werden. Es versteht sich von selbst, dass keine Zivilregierung unter solchen Umständen bestehen könnte, was nur ein weiterer Beweis dafür ist, dass keine zivile Regierung das Recht hat, für die Einhaltung der Gebote Gottes zu sorgen oder die Bibel zu ihrem Gesetzestext zu machen.

Sünde und Kriminalität
darf man nicht
durcheinanderwerfen.

Gottes Regierung kann dem Sünder vergeben und trotzdem vollkommen unerschütterlich stehen, denn Christus kann auf der Grundlage seines Opfers „diejenigen vollkommen erretten, die durch ihn zu Gott kommen, weil er für immer lebt, um für sie einzutreten“ (Heb 7,25). Wenn jedoch unter einer Zivilregierung jemand stiehlt oder eine andere Straftat begeht, und er wird gefasst und für schuldig befunden, dann muss er bestraft werden, ganz unabhängig davon, ob der Herr ihm vergibt oder nicht.

Ein Kommentar von W. T. Harris

In dieser Hinsicht verdient folgender Kommentar von Prof. W. T. Harris, ehemaliger Staatsschulinspektor der Stadt St. Louis, sorgfältige Beachtung:

Ein Vergehen, ein Verstoß gegen die Justiz, ist der Akt eines Einzelnen, den der Staat dem Betroffenen durch sein Rechtssystem vergilt. Der Staat setzt ein Maß für Vergehen fest und straft Kriminelle nach dem, was sie verdienen. Die Justiz bemisst und vergilt, weil sie ein geübtes Auge für Gerechtigkeit hat und dafür Sorge trägt, dass jeder empfängt, was er getan hat, es sei als Segen oder als leidvoller Fluch.

Eine Sünde ist ein Verstoß gegen das Gesetz der Heiligkeit, ein Herausfallen aus der Gottähnlichkeit, das sich jedem Versuch einer

Bemessung entzieht. Es bedeutet ewigen Tod, aus der Gottähnlichkeit herauszufallen. Sünde kann nicht durch eine begrenzte Strafe gesühnt werden, sondern (nach biblischer Offenbarung) nur durch ein göttliches Opfer ...

Es wäre das Ende des Staates, wollte er versuchen, Vergehen wie Sünden zu behandeln und sie im Fall von Reue zu vergeben. Es würde dem Rechtswesen die Verantwortung auferlegen, hinter das Äußere der Tat zu schauen und die innere Einstellung oder Gesinnung in den Tiefen der Persönlichkeit einzubeziehen. Doch alles, was sich nicht in einem Akt äußert, geht die Gesellschaft nichts an, sondern nur den Einzelnen und Gott. Keine menschliche Einrichtung kann über den äußeren Akt hinausgehen und versuchen, auf absoluter Ebene über die geistliche Freiheit des Menschen zu urteilen ...

Sünde und Kriminalität dürfen nicht durcheinandergeworfen werden, und eine Tat darf nicht vor derselben Instanz gleichzeitig als Kriminalität und Sünde gelten. Sie soll als (kriminelle) Straftat betrachtet werden, dann kann sie ein definiertes Maß an Vergeltung erfahren. Das Gesetz verfolgt den Mörder nicht über den Galgen hinaus. Er hat sein Verbrechen mit seinem Leben getilgt. Doch die kleinste Sünde, selbst wenn sie überhaupt kein Verbrechen darstellt, wie etwa der Ärger eines Mannes über seinen Bruder, der sich nicht in Gewalttätigkeit äußert, sondern im Herzen aufgestaut ist – schon so eine nicht-kriminelle Sünde schließt die Seele für immer vom Himmel aus, es sei denn, sie wird durch aufrichtige Buße annulliert.

Die einzigartige Verfassung der USA

Die bisher angeführten Punkte sind an dieser Stelle vielleicht ausreichend, um das Prinzip in Christi Worten zu verdeutlichen; und obgleich das Prinzip klar ist und jeder vernünftige, nüchtern denkende Mensch ihm zustimmen wird, hat der selbstsüchtige Ehrgeiz mancher Menschen dazu geführt,

dass die Welt diese Lektion noch immer nicht wirklich gelernt und akzeptiert hat. Die Vereinigten Staaten sind die erste und einzige Regierung in der Geschichte, die auf dem von Christus aufgestellten Prinzip basiert. In Artikel VI der Nationalverfassung sagt dieses Land, dass

niemals ein religiöser Bekenntnisakt zur Bedingung für den Antritt eines Amtes oder einer öffentlichen Vertrauensstellung im Dienst der Vereinigten Staaten gemacht werden darf.

Der erste Verfassungszusatz beschreibt die Umsetzung dieses Grundsatzes noch deutlicher, wenn er erklärt:

Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat oder die freie Religionsausübung verbietet ...

Dieser erste Zusatz wurde 1789 verabschiedet, als der erste verfassungsgemäße Kongress überhaupt tagte. 1798 wurde ein Abkommen mit Tripoli geschlossen, wo es in Artikel II heißt:

Die Regierung der Vereinigten Staaten gründet in keiner Weise auf dem christlichen Glauben.

Diese Übereinkunft wurde von einem ehemaligen Geistlichen der Kongregationalisten entworfen und von Präsident Washington unterzeichnet. Es geschah nicht aus mangelndem Respekt vor der Religion oder dem Christentum, dass solche Formulierungen

Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist ein einzigartiges Monument in der Weltgeschichte.

Teil der Verfassung bzw. des obigen Abkommens wurden. Ganz im Gegenteil war es Ausdruck des Respekts für die Religion und spezi-

ell das Christentum, wurde damit doch anerkannt, dass sie sich außerhalb der Domäne einer Zivilregierung befinden, dass sie allein das Gewissen angehen und eine Sache ausschließlich zwischen dem Einzelnen und Gott sind. Hier zeigt sich, dass die Verfassung dieser Nation dem Grundsatz Christi folgt, von den Menschen nicht mehr zu verlangen, als dass sie dem Kaiser geben, was dem Kaiser gehört, und es ansonsten gänzlich ihnen überlassen, Gott zu geben, was Gott gehört – wenn sie wollen, wie sie wollen und wann sie wollen. Oder wie George Washington es einmal in Antwort auf eine Rede zum Thema Religionsfreiheit ausdrückte:

Wer sich als guter Bürger aufführt, ist in Angelegenheiten des Glaubens allein Gott verantwortlich und sollte den Schutz genießen, Gott nach eigenem Gewissen anbeten zu können.

Das Prinzip Christi

Wir könnten das Thema nicht besser abschließen als mit dem folgenden Tribut von George Bancroft an diesen Grundsatz in Christi Worten und der amerikanischen Verfassung:

In den ersten Staaten der Geschichte bildeten Regierung und Religion eine untrennbare Einheit. Jeder Staat hatte seine eigene Gottheit, und oft kamen diese Beschützer einer nach dem anderen auf dem Schlachtfeld zu Fall und standen nie wieder auf. Der Peloponnesische Krieg brach aufgrund eines Streites über ein Orakel aus. Rom verlieh zuweilen denen, die es bezwungen hatte, das Bürgerrecht und übernahm aus demselben, in jener Zeit guten Grund die Verehrung ihrer Götter.

Niemand dachte daran, dem Glauben seinen rechten Platz als individuelle Gewissenssache zuzuerkennen, bis eine Stimme in Judäa die großartigste Epoche in der Menschheitsgeschichte anbahnte und eine reine, geistliche und weltweite Religion für den Menschen gründete, die dem Kaiser nur das gab, was dem Kaiser auch gehörte. Diese Regel wurde

